Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf “Mehr” klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (MB/JB)

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Die entwertete Auszeichnung
2. Schluss mit „too big to fail“
3. Ein Modell für die Besteuuerung multinationaler Unternehmen im 21. Jahrhundert
4. Streitgespräch „Arme Republik, reiche Republik“
5. Zins-Skandal um Euribor – Brüssel zerrt Banken vor Gericht
6. James Galbraith – US-Ökonom fürchtet Arbeitsmigration
7. Armut wächst – Reichtum auch!
8. Minijob statt reguläre Arbeit
9. Total sanktioniert – Leben, 100 Prozent unter dem Existenzminimum
10. »Echte Wohnungsnot«
11. Umstrittene Spekulationsobjekte: Agrarrohstoffe als Finanzprodukte
12. Die Kostenlüge der Deutschen Bahn
13. Ich und er
14. Einverstanden mit Ruinen
15. Wahlversprechen schon gebrochen
16. Freispruch für Journalisten im Sachsensumpf-Prozess
17. Andrew Gowers wütend auf Handelsblatt-Chef
18. Zu guter Letzt: Ein Wunder! Willy-Brandt-Statue weint während Steinbrücks Kandidatenkür

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Die entwertete Auszeichnung**
   Schon oft hat das Nobelkomitee in Oslo den Friedensnobelpreis entwertet. Man kann sicher nicht immer richtig liegen – aber in den letzten Jahren haben sich die absurden oder arg plump motivierten Preisvergaben gehäuft. Die Preise für Jimmy Carter 2002, die Internationale Atomenergieorganisation 2005, Al Gore 2007 und als Höhepunkt auch noch Barack Obama 2009 waren allesamt vor

allem Statements gegen die US-Regierung von George W. Bush.
Quelle: TAZ

Anmerkung unseres Lesers G.K.: *Auch die Instrumentalisierung der Finanz- und Eurokrise durch die europäischen „Eliten“ zwecks europaweiter Durchsetzung der ideologischen Konzepte des Neoliberalismus und die damit einhergehenden massiven rechtlichen und finanziellen Einschnitte zu Lasten der europäischen Gering- und Durchschnittsvediener verbieten eigentlich die Verleihung des Friedensnobelpreises an „die EU“ (de facto jedoch an die durch diesen Preis gebauchpinselten ökonomischen und politischen Entscheidungsträger innerhalb der EU). Die Entscheidung des Nobelpreiskomitees ist v.a. vor dem Hintergrund der von Teilen der Politik und der Medien angezettelten Verunglimpfelungs- und Hasskampagnen sehr fragwürdig. So betreibt in Deutschland nicht nur die Springerpresse chauvinistische und nationalistische Stimmungsmache gegen Griechenland sowie die übrigen europäischen Krisenstaaten und die dortigen „faulen“ und „korrupten“ Bevölkerungen. Und in Griechenland spült die dortige Krise den braunen Mob an die Oberfläche, der die Angst und die Wut zahlreicher Griechen auf die in Griechenland lebenden ausländischen Mitbürger umlenken möchte. Darüber hinaus ist es mehr als fragwürdig, den Friedensnobelpreis an eine Staatengruppe zu verleihen, die sich aus „geopolitischen“ und ökonomischen Motiven heraus an völkerrechtswidrigen Kriegen beteiligt. Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg der „Koalition der Willigen“ gegen den Irak, der auch von mehreren europäischen Staaten militärisch unterstützt wurde (auch die damals gegenüber G.W. Bush katzbuckelnde Oppositionspolitikerin Merkel liebäugelte mit einer aktiven militärischen Beteiligung Deutschlands an dieser „Koalition“), bildet hier nur die Spitze des Eisberges.*

2. **Schluss mit „too big to fail“**
   Die Finanzaufseher aus den USA und Großbritannien haben einen Plan vorgelegt, mit dem die Wirtschaft vor den Pleiten systemrelevanter Banken geschützt werden soll. Künftig sollen Aktieninhaber und andere Gläubiger haften – aber nicht mehr die Regierungen. […]
   Ihre Ideen würden weitreichende Eingriffe in die Struktur taumelnder Großbanken bedeuten:
   In der Krise 2008 konnten Bankchefs von Politikern und Regulierungsbeamten noch teure Hilfen fordern – ihr offensives Auftreten in den Verhandlungen hinter verschlossenen Türen ist legendär und wurde von Andrew Ross Sorkin in

seinem Buch „Die Unfehlbaren“ verewigt. Bei der nächsten Krise sollen die Aufsichtsbehörden sie feuern können. In Tuckers und Gruenbergs Papier heißt es nüchtern: „Das Management, das für den Zustand der Institution verantwortlich ist, wird ersetzt.“
2008 zahlten Steuerzahler mit dem Umweg über die Regierungen für Papiere in Bankbilanzen, die plötzlich wertlos geworden waren, vor allem verbriefte Immobilienkredite. Dafür waren zum Beispiel die Anteilseigner der Banken fein raus. Sie sollen nun als Erste im Fall einer Insolvenz bezahlen – mit der Abwertung ihrer Papiere. „Aller Wahrscheinlichkeit nach würden Aktienbesitzer jegliche Werte verlieren.“
Auch Gläubiger der betroffenen Bank sollen zahlen. Wenn sie ihr Geld in Form unbesicherter Kredite geliehen haben, sollen sie auf einen Teil der Rückzahlungen verzichten. Dieser „Bail-in“ spart den Staat im Gegensatz zum „Bail-out“ Geld, weil private Anleger haften. Ein Teil der Forderungen soll in Eigenkapital der Banken umgewandelt werden. Das bedeutet, dass die Gläubiger zunächst nicht an ihr Geld kommen können.
Die Regeln setzen auf der höchsten Ebene an, bei den Muttergesellschaften der Banken. So sollen unklare Zuständigkeiten für verschiedene Einheiten einer Bank, die in verschiedenen Ländern liegen, verhindert werden. Funktionierende, solide Tochtergesellschaften sollen in neue Firmen überführt werden, selbst wenn die Muttergesellschaften insgesamt abgewickelt werden.
Quelle 1: Süddeutsche Zeitung
Quelle 2: Resolving Globally Active, Systemically Important, Financial Institutions – Bank of England [PDF – 310 KB]

dazu: When global banks fail, resolve them globally
During the financial crisis governments provided taxpayer support for banks, steadying the global financial system and helping to avoid a repeat of the Depression. Those bank rescues exposed governments and taxpayers to losses. And in the long term they will have made banking riskier if managers and creditors conclude that bailout is part of the fabric of the system.
To avoid that fate, the “too big to fail” problem must be cured. We believe it can be and that serious progress is being made. Evidence can be seen in the joint paper released by our organisations on Monday, which outlines a resolution strategy for large and complex financial companies.
Quelle: Financial Times

Anmerkung JB: *Das Papier von Gruenberg und Tucker ist wichtig und richtig*

und hat es verdient, auf oberster Ebene ernsthaft diskutiert zu werden. Leider ist seit 2008 überhaupt nichts unternommen wurden, um die tickenden „systemrelevanten“ Zeitbomben zu entschärfen. Auch Deutschland darf sich nicht zurücklehnen, fällt einer der größten und gefährlichsten Zeitbomben, die Deutsche Bank, doch größtenteils in die deutsche Verantwortung. Doch mit einem Abwicklungsplan allein ist uns noch nicht geholfen. Je größer eine Bank ist, desto komplizierter gestaltet sich durch Wechselwirkungen mit anderen Banken und der Realwirtschaft die Abwicklung. Der erste Schritt muss also sein, zu große Banken wieder beherrschbar zu machen. Dazu müssen vor allem die Bilanzen dieser Banken gekürzt werden. Am Elegantesten wäre dies über massiv verschärfte Eigenkapitalrichtlinien zu erreichen. Die 50 Mrd. Euro Eigenkapital der Deutschen Bank sind kein Problem – die Bilanzsumme in Höhe von 2.000 Mrd. Euro ist jedoch ein sehr großes Problem.

3. **Ein Modell für die Besteuuerung multinationaler Unternehmen im 21. Jahrhundert**
   Das internationale Tax Justice Network hat heute ein Modell für die Besteuerung multinationaler Unternehmen im 21. Jahrhundert vorgestellt: die einheitliche Besteuerung („unitary taxation“). Sie soll das gegenwärtige Besteuerungsmodell ersetzen, das veraltet ist und vielfach für untauglich befunden wurde. Die Konstruktionsfehler dieses Modells ermöglichen es multinationalen Konzernen, hunderte Milliarden Dollar an Steuern zu vermeiden und damit zugleich ihre kleineren lokalen Konkurrenten auszustechen. Das hat nichts mit Steuergerechtigkeit und nichts mit echter ökonomischer Effizienz oder Produktivität zu tun.
   Quelle: Blog Steuergerechtigkeit
4. **Streitgespräch „Arme Republik, reiche Republik“**
   Müssen die Vermögenden in Deutschland mehr abgeben? Oder müssen sich die Armen mehr anstrengen? Darüber debattieren Ökonom Michael Hüther und Armutsforscher Christoph Butterwegge in einem Streitgespräch
   Quelle: SPIEGEL Online
5. **Zins-Skandal um Euribor – Brüssel zerrt Banken vor Gericht**
   Die Banken haben nicht nur den wichtigen Zinssatz Libor zu ihrem eigenen Gunsten manipuliert: Auch ein weiterer Leitzins soll verfälscht worden sein. Nun will die Europäische Union offenbar mehrere Banken verklagen – darunter wohl auch die Deutsche Bank.
   In der Finanzwelt ist der Zinssatz das wichtigste Statussymbol überhaupt: Wer kreditwürdig ist, bekommt Geld zu geringen Zinssätzen geliehen. Mehr zahlen

muss hingegen jener, dessen Bonität zweifelhaft ist.
Gerade während der Finanzkrise versuchten daher wohl mehrere Institute, sich auf betrügerische Art bei Gläubigern in vorteilhaftes Licht zu rücken: Sie behaupteten einfach, sie würden weniger Zinsen zahlen, als sie tatsächlich aufwenden mussten. Auf diese Weise wurde beispielsweise der sogenannte Libor gefälscht. Das ist ein Zinssatz, der durch Abfragen bei Banken ermittelt wurde. Er ist so wichtig, weil viele Produkte mit variablen Zinssätzen sich auf ihn beziehen. Ein Billionen-Geschäft.
Quelle: Süddeutsche Zeitung

dazu: Banking Industry Squirms Over European Rate Probe
The scandal over banks' attempted manipulation of interest rates has mostly centered on the London interbank offered rate. But Libor's lesser known cousin, the euro interbank offered rate, or Euribor, is facing mounting attacks. The European Union is expected soon to accuse multiple banks of attempted collusion in the setting of Euribor, according to people briefed on the probe. Barclays has already acknowledged trying to rig the rate, and other banks are likely to be pressed by regulators in the U.S., U.K. and elsewhere into similar admissions, according to industry and regulatory officials.
Quelle: Wall Street Journal

6. **James Galbraith – US-Ökonom fürchtet Arbeitsmigration**
   Gibt es nach der Krise vor fünf Jahren eine Rückkehr zur Normalität? Die verheißene Erholung hat sich nicht eingestellt, sagt der US-Ökonom James Galbraith. Die wirtschaftliche Volatilität wird weiter gehen, da die Gründe für die Krise nicht behoben wurden. Galbraith erklärt in Berlin, was er der Politik rät.
   Nach der Krise vor fünf Jahren gibt es keine Rückkehr zur Normalität, sagt der US-Ökonom James Galbraith. Und die, die das vorausgesagt haben, wurden nicht gehört. Die wirtschaftliche Volatilität wird weiter gehen, da die Gründe für die Krise nicht behoben wurden. „Wir hier müssen uns nun fragen, wie packen wir das an?“, fragt Galbraith die Teilnehmer der Kurswechselkongress in Berlin. Der Schuldenschnitt ist eine dumme Sache und wird das nicht ändern, kritisiert er die Bundesregierung.
   Quelle 1: IG Metall
   Quelle 2: Die Rede von Galbraith mit deutscher Synchronisation via YouTube
7. **Armut wächst – Reichtum auch!**
   Reichtum der einen bedeutet Armut der anderen. Und wer von Staatsverschuldung spricht, sollte privaten Reichtum nicht verschweigen. Zwei

DGB-Plakate machen mit aussagekräftigen Grafiken und zuspitzenden Karikaturen auf den Zusammenhang zwischen wachsenden Gewinnen und schrumpfenden Löhnen, zwischen öffentlicher Verschuldung und privatem Reichtum aufmerksam.
Quelle: DGB [PDF – 336 KB]

8. **Minijob statt reguläre Arbeit**
   Verdrängen Minijobs reguläre Arbeitsplätze? Darüber wird seit Jahren leidenschaftlich gestritten. Nun zeigt eine Studie, dass die Kritik an dieser Beschäftigungsform keineswegs aus der Luft gegriffen ist.
   Quelle 1: Frankfurter Rundschau
   Quelle 2: Umstrittene Minijobs – IAB [PDF – 386 KB]

   Anmerkung unseres Lesers G.K.: *Selbst das der Bundesagentur für Arbeit angeschlossene IAB sieht die drastische Ausweitung der Minijobs kritisch. Der erhebliche Anstieg der zumeist schlechtbezahlten Minijobs (68 Prozent der Minijobber verdienen aktuell weniger als 8,50 Euro pro Stunde) erklärt in Verbindung mit der ebenso drastischen Ausweitung der häufig ebenfalls schlechtbezahlten und unfreiwilligen Teilzeitjobs einen erheblichen Teil des sog. „Arbeitsmarktwunders“ in Deutschland. Die Stückelung von ehemaligen Vollzeitstellen in Mini- und Teilzeitjobs bewirkt auf dem Papier einen statistischen Rückgang der Arbeitslosigkeit ebenso wie einen statistischen Anstieg der Anzahl der Beschäftigten, ohne daß sich das Arbeitsvolumen tatächlich ausgeweitet hätte.*

   Anmerkung Orlando Pascheit: *Nur ein kleine Korrektur der Kosmetik: Das IAB schreibt: „Die Daten des IAB-Betriebspanels zeigen, dass der Anteil geringfügiger Beschäftigung in den Betrieben zwischen 2006 und 2011 nahezu konstant geblieben ist.“ In der Statistik kommt es natürlich immer auf die gewählten Zeiträume an. Für den Zeitraum 2004 – also etwa zum Zeitpunkt der Einführung – bis 2011 ist die Zahl der geringfügig Beschäftigten von 6,3 Mio. auf 7,2 Mio. in 2011 gestiegen. Bisher hatten wir jedes Jahr eine kleine Steigerung. Auch sollte man wissen, dass im IAB-Betriebspanel keine privaten Haushalte und nur Betriebe mit mindestens einem sozialversicherungspflichtig Beschäftigten befragt wurden. Auch Einzelunternehmer, die ausschließlich Minijobber beschäftigen, werden nicht erfasst, „so dass es zu einer deutlichen Differenz von über 3 Mio. Minijobs zwischen den Ergebnissen des IAB-Betriebspanels und der BA-Statistik kommt. Auf der erfassten betrieblichen Ebene wurden in der Hälfte aller Betriebe in Deutschland Minijobs registriert.*

Desweiteren zur Information: „Doch Minijobs haben auch ihren Preis. So sind die mittleren Bruttostundenlöhne von Minijobbern im direkten Vergleich zu allen atypischen Beschäftigungsformen die niedrigsten. Selbst ein Vergleich der mittleren Nettolöhne zeigt, dass nur Leiharbeiter nach Abzug der Steuern und Abgaben weniger verdienen als geringfügig Beschäftigte ..... Weiter ist zu berücksichtigen, dass ein Teil der Minijobber nur geringe Ansprüche an die Rentenversicherung erwirbt. Obwohl die Möglichkeit besteht, den Rentenversicherungsbeitrag aufzustocken und vollwertige Pflichtbeitragszeiten zu erwerben, tun dies nur etwa 5 Prozent der Minijobber im gewerblichen Bereich. Dies hat zur Folge, dass das Risiko von Altersarmut steigt. Das gilt vor allem für Frauen, da Minijobs als Hauptbeschäftigung überwiegend von ihnen ausgeübt werden.“ Frage: Woher nehmen, um den Rentenversicherungsbeitrag aufzustocken?

Ergänzende Anmerkung MB: *Vielfach kommt als Nachteil für Geringfügig Beschäftigte hinzu, dass sie nur nach Anwesenheit bzw. geleisteter Arbeit bezahlt werden. Obwohl dies verboten ist, gelten bei Geringfügig Beschäftigten oft weder Entgeltfortzahlungsgesetz noch Urlaubsgesetz.*

9. **Total sanktioniert – Leben, 100 Prozent unter dem Existenzminimum**
   Mehr als 10.000 Menschen kürzten die Jobcenter 2011 das Arbeitslosengeld II länger als drei Monate um 100 Prozent. Einer, der monatelang ohne Hartz IV leben muss ist Bernd Hennemann. REPORT MAINZ-Reporter Thomas Reutter hat Bernd Hennemann in seinem Alltag mit der Kamera begleitet.
   Erst als REPORT MAINZ bei dem Jobcenter nachfragt, kommt Bewegung in die Sache:
   Am Wochenende nach den Dreharbeiten erhielt Bernd Hennemann am 3. Dezember wieder zwei Lebensmittelgutscheine vom Jobcenter Dortmund – einen Monat, nachdem er zuletzt einen Gutschein bekommen hatte.
   Die Pressestelle des Jobcenters schreibt uns noch am selben Tag: „Herr Hennemann hat glaubhaft versichert, dass er mit uns zusammenarbeiten will. Deshalb wird die Sanktion auf 60 Prozent zurückgestuft.“
   Quelle: SWR Report Mainz
10. **»Echte Wohnungsnot«**
    Mieterbund kritisiert Preisexplosion und warnt vor geplanten Rechtsänderungen zugunsten der Hauseigentümer.
    Quelle: Junge Welt
11. **Umstrittene Spekulationsobjekte: Agrarrohstoffe als Finanzprodukte**

Agrarrohstoffe sind begehrte Spekulationsobjekte, seit es zum Beispiel mit Immobilien nicht mehr so gut läuft. Nichtregierungsorganisationen werfen Banken, Versicherungen und Anlegern vor, damit die Nahrungsmittelpreise in die Höhe zu treiben.
Quelle 1: Deutschlandradio Kultur (Einleitungstext)
Quelle 2: Deutschlandradio Kultur (Podcast) [Audio – mp3]

Anmerkung JB: *Da in der Sendung auch Ingo Pies zu Wort zu kommt, sei hier auf zwei Artikel auf den NachDenkSeiten verwiesen, die mit Pies hart ins Gericht gehen: Lebensmittelspekulation: Wenn Wirtschaftsethiker der Unmoral das Wort reden und Wissenschaft und Spekulation.*

12. **Die Kostenlüge der Deutschen Bahn**
Die Deutsche Bahn AG macht satte Gewinne. Trotzdem ist das Bahnfahren seit heute teurer. Zum Fahrplanwechsel erhöhte der Staatskonzern die Preise im Personenverkehr um durchschnittlich 2,8 Prozent. Er begründet diesen Schritt in erster Linie mit gestiegenen Energiekosten. Eine Begründung, die nicht alle nachvollziehen können.
Denn die Bahn ist als Großkunde privilegiert und muss nur wenig für die Energiewende und den Ausbau der Stromnetze zahlen, sagt der Grünen-Politiker und Vorsitzende des Verkehrsausschusses Anton Hofreiter dem ZDF-Magazin „Frontal21“. Außerdem profitiere die Bahn seit Monaten von sinkenden Strompreisen. „Sie freut sich darüber, dass der Großhandelspreis sinkt und gegenüber den Kunden begründet sie die steigenden Ticketpreise mit steigenden Strompreisen“, so Hofreiter. „Offensichtlich weil sie denken: Naja, der Kunde hat steigende Strompreise, da glaubt er uns das schon.“
Auch Verbraucherschützer kritisieren das alljährliche Drehen an der Preisschraube bei der Deutschen Bahn. Seit 2003 hätten sich die Tickets um satte 35 Prozent verteuert. Die Inflation stieg aber um gerade mal 16 Prozent.
Schienennetz in „desolatem Zusatand“
Im Interview mit Frontal21 sagt der Sprecher des Fahrgastverbandes Pro Bahn, Matthias Oomen: „Die Leistungen der Bahn haben sich im vergangenen Jahr nicht wirklich verbessert.“ Nach wie vor gebe es große technische Probleme. Es fehlten Züge und „das Schienennetz ist einem desolaten Zustand“, da es chronisch unterfinanziert sei. Dadurch komme es immer wieder zu vielen Verspätungen
Quelle: ZDF heute.de

Passend dazu:

Quelle: Klaus Stuttmann

Anmerkung JB: *Zu diesem Thema sei hier noch einmal auf einen Artikel aus dem September dieses Jahres hingewiesen, der die Angabe der „durchschnittlichen Preiserhöhung“ kritisch hinterfragt.*

13. **Ich und er**
Oskar Lafontaine und Gerhard Schröder: Höchste Zeit, dass sich die zwei Kontrahenten aussprechen. Doch zum Treffen kam nur einer.
Quelle: Süddeutsche Magazin
14. **Einverstanden mit Ruinen**
Wie hat man doch die Inszenierung der DDR-Eliten immer belächelt. War da die Nomenklatura versammelt, war es das reinste Geklatsche und Gewinke. Feierlichkeit lag in der Luft, einstudiertes Sendungsbewusstsein wurde abgehalten, Loblieder angestimmt. Nichts konnte die Festlichkeit trüben, alles war im Butter, die politischen Ziele schon jetzt oder bald erreicht, man war auf einem guten Weg, Es entwickelt sich, Genossen! […]
Letzte Woche fand der Bundesparteitag der CDU statt.
Alte und junge Parteimitglieder lächelten um die Wette. Alle waren sich halbwegs einig. Man sei auf einem guten Weg. Es entwickelt sich, Kollegen! Gewinkt wurde auch. Geklatscht ohne Unterlass.
Quelle: ad sinistram
15. **Wahlversprechen schon gebrochen**
„Wir lassen uns nicht die Rendite der Reformpolitik der Regierung Schröder stehlen… Wir sind es gewesen, die damals dieses Land vorangebracht haben!“ Lobeshymnen auf die Agenda 2010 sind für Peer Steinbrück die Grundlage seiner Politik.
„Rendite“! Was für eine Begriffswahl. Ja, in der der Tat ist die Rendite der Unternehmer explodiert. Die Profite sind seit 2000 um 30 Prozent hochgeschnellt, die Reallöhne jedoch um fünf Prozent gesunken.
Steinbrück beklagt, dass die Menschen „verunsichert und orientierungslos sind … durch eine Finanz- und Bankenkrise, die ihren Glauben … in eine Soziale Marktwirtschaft erschüttert haben.“ Aber es waren doch die SPD-Finanzminister Eichel und Steinbrück, die den Finanzzo-ckern und Heuschrecken den roten Teppich ausgerollt haben.
Steinbrück beklagt, dass „Arbeit immer weiter entwertet wird. … Die Menschen müssen im-mer gebildeter sein, immer mobiler, immer flexibler … und kriegen

auch immer weniger Lohn.“ Aber es waren doch SPD und Grüne, die den Arbeitsmarkt dereguliert haben, die Leiharbeit, Befristungen, frauendiskriminierende Minijobs und vor allem die Knechtung der Menschen durch Hartz IV eingeführt haben.
Quelle: Michael Schlecht

16. **Freispruch für Journalisten im Sachsensumpf-Prozess**
Das Landgericht Dresden entlastet zwei Reporter, die über Verdacht der Korruption und der Bildung krimineller Netzwerke berichtet hatten. Sie sollten Geldstrafen zahlen. […]
Damit folgte die Strafkammer der Forderung der Verteidigung. Die Staatsanwaltschaft hatte in ihrem Plädoyer zuvor Geldstrafen von je 6.000 Euro wegen übler Nachrede und Verleumdung gefordert.
Die 37 und 42 Jahre alten freiberuflichen Journalisten hatten 2008 über den sogenannten Sachsensumpf berichtet. Für einen ZEIT-ONLINE-Beitrag aus Sachsen hatten sie wegen übler Nachrede eine Geldstrafe von je 2.500 Euro Strafe erhalten. In dem Bericht ging es um den Verdacht krimineller Netzwerke und der Bestechung in Leipzig Anfang der 1990er Jahre.
Quelle: ZEIT
17. **Andrew Gowers wütend auf Handelsblatt-Chef**
FTD-Gründungschefredakteur Andrew Gowers will nach MEEDIA-Informationen nie wieder für das Handelsblatt schreiben. Ausgerechnet am ersten FTD-„losen“ Tag erschien am Montag im Handelsblatt ein Meinungsstück von Gowers. HB-Chef Gabor Steingart kündigte Ende vergangener Woche an, Gowers werde „künftig bei uns schreiben“. Gowers soll über diese Eigenwerbung not amused sein. Irreführend und geschmacklos seien die Äußerungen, soll der langjährige FT-Mann gegenüber ehemaligen Mitstreitern gesagt haben.
Quelle: Meedia

Dazu: Statement der FTD
Handelsblatt-Chefredakteur Gabor Steingart hat angekündigt, dass zwei ehemalige FTD-Chefredakteure künftig für sein Blatt schreiben.
Wir haben bei den Betreffenden mal nachgefragt: Christoph Keese, heute Cheflobbyist von Axel Springer, weiß von seinem Glück noch gar nichts. Und FTD-Gründungschefredakteur Andrew Gowers hat auch nicht wirklich vor, im Handelsblatt fortan als regelmäßiger Autor auf
zutreten. Hier sein Statement im O-Ton:
„I am writing one piece for HB about a subject I feel strongly about – Britain

and Europe – as commissioned by Torsten Riecke (Anmerkung der Ex-Redaktion: Torsten Riecke ist Kommentarchef des Handelsblatt).
I just sent Steingart a note complaining about his tasteless, poorly-judged and misleading remarks and saying I will never write a column for his shit, declining newspaper! You can tell that to the colleagues too."
Quelle: FTD Facebook

Anmerkung JB: *Dies ist eine weitere Episode der unendlichen Serie „Fremschämen mit Gabor Steingart"*

18. **Zu guter Letzt: Ein Wunder! Willy-Brandt-Statue weint während Steinbrücks Kandidatenkür**
Berlin, Hannover (dpo) – Offenbar sind Statuen der Jungfrau Maria nicht die einzigen Kunstwerke, die Emotionen zeigen. Besucher des Willy-Brandt-Hauses in Berlin staunten am Sonntag nicht schlecht, als die überlebensgroßen Bronzeskulptur des ehemaligen Bundeskanzlers plötzlich zu weinen begann – und zwar exakt in dem Moment, als Peer Steinbrück beim Sonderparteitag in Hannover offiziell zum Kanzlerkandidaten der Sozialdemokraten gekürt wurde. Ein Angestellter des Willy-Brandt-Hauses sagte dem Postillon, dass dies kein ungewöhnlicher Anblick sei. Die Statue des ehemaligen Berliner Bürgermeisters, Außenministers und Bundeskanzlers sei in der Vergangenheit schon mehrfach in Tränen ausgebrochen – etwa als Gerhard Schröder die Agenda 2010 ausrief oder als Frank-Walter Steinmeier zum Spitzenkandidaten für die Bundestagswahl 2009 gekürt wurde; zudem weine die drei Meter vierzig hohe Skulptur praktisch jedesmal, wenn Andrea Nahles den Mund aufmacht. Der SPD-Parteivorsitzende Sigmar Gabriel ist überzeugt, dass es sich bei der Flüssigkeit, die immer wieder aus den Augen der Statue läuft, nur um Tränen der Freude handeln kann. „Würde Brandt heute noch leben, er wäre sicher stolz auf das, was wir aus seinem politischen Erbe gemacht haben", so Gabriel.
Quelle: Der Postillon